P r o t o k o l l

über die Sitzung des Parteivorstandes am 15. Juli 1946.

Anwesend: Parteivorstand:	Vorsitz:	Gen. Schärf
		" Afritsch
		" Hackenberg
		" Jochmann
		" Körner
		" Krones
		" Moik
		" Popp
		" Proft
		" Proksch
		" Scharf
Kontrolle:		" Jonas
		" Pfaller
		" Rauscher
zugezogen:		" Cischek
		" Jenschik
		" Pittermann
		" Deutsch
als Gast(zeitweise):		" Kreisky
		" Helmer erkrankt entsch.

T a g e s o r d n u n g :

1. Berichte
2. Bericht über die Verstaatlichung
3. Einberufung der Parteivertretung für 22.7., mit der Tagesordnung: Lohn, Preis.Währung.
4. Frage der Rückkehr der Emigranten
5. Allfälliges.

./.

Gen. Scharf macht darauf aufmerksam, dass das burgenländische Bundesratsmandat noch unbesetzt ist. Verliest die in Abschrift beigelegte Zuschrift des Gen. Honay.
Vorgesehen war Gen. Glockner, der nicht angenommen hat. Burgenland wird aufgefordert, die Sache rasch zu erledigen.

Gen. Proksch teilt mit, dass der Fall nun geklärt sei, es soll ein Genosse aus dem Neusiedlergebiet namhaft gemacht werden. Der notwendige Beschluss wird beim nächsten Landtag, noch im Laufe dieser Woche gefasst.

Gen. Scharf teilt mit, dass die französische sozialistische Partei eine Einladung für den Parteitag in Paris, für 29. Aug. bis 1.Sept. an uns gerichtet habe. Die Präsidialsitzung schlägt dem PV nachfolgende Delegation vor:

Antrag Gen. Schärf, Proft, Seitz und Koref.

Beschluss Keine Einwendung, angenommen.

b.) Regierung:

Gen. Schärf berichtet über die Delegation des Burgenlandes bei der Regierung, die gegen das Komunique des Ernährungs-Direktoriums Protest eingelegt hat.
In der Diskussion hat sich herausgestellt, dass die burgenländische Landesregierung tatsächlich die Ernährung sabotiert und es sei bedauerlich, dass gerade unsere Genossen sich zu Verteidigern von Schleichhändlern gemacht haben.

Im Anschluss daran berichtet Gen. Schärf über die Verhaftung Pögels durch die Russen, wegen eines Zeitungsartikels in der "Freiheit" über die Sicherheitsverhältnisse im Burgenland.

An der weiteren Diskussion beteiligen sich die Gen. Stika und Popp, die über die Verhaftung des Landtagsabgeordneten Gruber N.Ö. berichten, sowie Gen. Deutsch, welcher den Vorschlag macht, diese Fälle an die Alliierte-Kommission , eventuell in einem Telegramm an Bethouar zu berichten.

Gen. Pollak wird aufgefordert, bezüglich Gruber eine Feststellung in der Zeitung zu bringen. Tatsache ist, dass Gruber durch den Waffenfund bei der Haudurchsuchung straffällig geworden ist. Im Falle Pögel soll bis Mittwoch früh zugewartet werden. Wenn er bis dahin nicht freikommt, wird Gen. Schärf gemeinsam mit Figl an den Alliierten-Rat herantreten.

2. Bericht über die Verstaatlichung.

Gen. Rauscher verliest a.) das Werks-Genossenschaftsgesetz.

An der Diskussion beteiligen sich Gen. Proksch, der darauf hinweist, dass in diesem Gesetz eine ursprünglich nicht geplante

./.

Möglichkeit der Veräusserung von Genossenschaftsanteilen, d.h. der Reprivatisierung vorgesehen sei.

Gen. Stika der die Frage aufwirft, ob die Genossenschaft nur am Gewinn oder auch am Verlust beteiligt sei.

Gen. Rauscher stellt während der Diskussion fest, dass er einen flaschen Text verlesen habe, er zieht diesen Punkt bis zur Klarstellung zurück.

b.) Gen. Rauscher verliest das Verstaatlichungsgesetz.

An der Diskussion beteiligen sich Gen. Schärf, Scharf, Krones und Pittermann. Es wird die Frage besprochen, ob dieses Gesetz als einfaches Gesetz zulässig sei, oder ob etwa bei Anrufung des Verfassungsgerichtshofes verlangt werden könnte, dass es ein Verfassungsgesetz werde, was für uns ungünstiger wäre.

Gen. Schärf stellt fest, dass für Enteignung gegen Entschädigung ein einfaches Gesetz zulässig ist. Wenn man, wie vorgesehen, die Veräusserung von Objekten oder Vermögensanteilen an die Zustimmung des Hauptausschusses binden will, damit das Ministerium nicht allein entscheiden könne, wäre dies allerdings eine Verfassungsbestimmung.

Gen. Pittermann wünscht, dass der Titel des Gesetzes: "Erstes Verstaatlichungsgesetz" lauten möge.

c.) Gen. Rauscher verliest die Liste der zu verstaatlichenden Betriebe.

An der Diskussion beteiligen sich Gen. Proksch, der insbesonders feststellt, dass Wagner-Biro auf der Liste fehlt. Er unterzieht weiters die Art der Parteien- Verhandlung einer Kritik. Gen. Migsch hat diese Verhandlungen in einer Weise geführt, dass die anderen Parteienvertreter ausgeschaltet waren. Er hat mit Krauland oft allein verhandelt und die Besprechungen stets in der Ich-Form geführt.

Gen. Proksch hält das für disziplinwidrig und glaubt im übrigen, dass ein einziger Mensch eine derartige Verantwortung wie sie der Abschluss einer solchen Verhandlung und eines solchen Gesetzes überhaupt nicht tragen kann.

Gen. Schärf stellt fest, dass die Firmentitel laut der uns vorgelegten Liste, vielfach nicht mit den echten Firmenwortlauten übereinstimmen. Dies könnte eine Gefahr für die Übereignung im Grundbuch bedeuten. Legt den Genossen im Ausschuss nahe, eine Klausel einzubauen, dass die Firmenbezeichnungen noch durch Verordnung festgelegt werden.

Gen. Seitz äussert unter Hinweis auf das Schreiben des Gen. Breitner nochmals seine Bedenken, bezüglich der Verstaatlichung von Banken. Stellt fest, dass Gen. Rauscher die Erklärung abgegeben habe, dass er die Bedenken Breitners geprüft habe und zu dem Entschluss gekommen sei, dass die vorgebrachten Argumente nicht ausreichend sind, um unsere Stellungnahme für die Banken-Verstaatlichung zu ändern.

./.

Gen. Seitz bittet bei der Abstimmung über die Verstaatlichung, die Bankenverstaatlichung getrennt zu behandeln, da er in diesem Falle nicht mitstimmen könne.

Gen. Krones stellt zur Arbeitsweise fest, dass man ohne effektive Vorlagen nicht imstande ist, den Dingen zu folgen, da man bei Beratungen und Beschlüssen über derart weittragende Fragen unbedingt die Möglichkeit haben müsse, das Material durchzustudieren. Kann sich den Bedenken bezüglich der Bankenverstaatlichung nicht anschliessen, hält im Gegenteil die Verstaatlichung ohne Einbeziehung der Banken für illusorisch, hält die baldige Regelung der Frage - Nationalbank - für unbedingt wichtig. Man dürfe sich hiebei nicht auf mündliche Parteienvereinbarungen verlassen. Bittet die Verhandlungspartner den Beschluss bezüglich Verstaatlichung der Nationalbank mittels eines separaten Gesetzes in den Parteienvereinbarungen schriftlich fest zuhalten. Es wurde berichtet, dass zur Entschädigung auch eine Anzahl kleinerer Betriebe, die nicht verstaatlichungswichtig erscheinen, herangezogen werden sollen. Bittet die Verhandlungspartner, diese Frage nicht nur vom Standpunkt Klein- oder Grossbetriebe zu beurteilen, sondern vor allem vom Standpunkt der Rentabilität aus. Gerade die kleinen Betriebe werden leichter ingang zu setzen sein und bald rentabel arbeiten. Diese Seite darf nicht übersehen werden.

Gen. Stika scheint es ebenfalls vollkommen ausgeschlossen, auf die Bankenverstaatlichung zu verzichten. Wir müssten sonst öffentlich-rechtliche Bankinstitute schaffen . Zweifellos fällt bei verstaatlichten Banken das Spekulationsgeschäft aus, dies muss in Kauf genommen werden.

Gen. Pittermann bespricht noch die parlamentarische Technik. Der Verstaatlichungsantrag soll als Antrag der Abgeordneten Krisch und Genossen, d. h. als unser Parteienantrag eingebracht werden. Berichterstatter Gen. Proksch.
Zur Frage ob Gen. Proksch in einem über sämtlich Gesetze berichten soll, schlägt Gen. Krones vor, das Werksgenossenschaftsgesetz einem ÖVP Mann zur Berichterstattung zu übergeben.
Debattenredner müssen vorbereitet werden.

d.) Gen. Rauscher verliest die Parteienvereinbarung.

Gen. Proksch wünscht, dass in die Parteienvereinbarung ein Termin für die Ausarbeitung eines Gesetzes über die Neuorganisationsform der verstaatlichten Betriebe aufgenommen wird.

Anträge — Gen. Schärf legt dem PV folgende Anträge vor:

1.) Der Bericht des Gen. Rauscher wird zur Kenntnis genommen.

Beschluss — Angenommen.

2.) Der PV stimmt den vorgeschlagenen Gesetzentwürfen, sowie der Verstaatlichungsliste mit Ausnahme der Banken zu.

Beschluss — Einstimmig angenommen.

3.) Der PV stimmt der vorgeschlagenen Bankenverstaatlichung zu.

Beschluss — Bei einer Stimmenthaltung angenommen.

956

./.

4.) Der PV stimmt der angeschlossenen Parteienvereinbarung zu, mit dem besonderen Wunsch, dass in die Parteienverbarung noch ein Termin für die Ausarbeitung eines Gesetzes über neue Betriebsformen sowie der Beschluss über die Schaffung eines Gesetzes über die Nationalbank, aufgenommen wird.

Beschluss Einstimmig angenommen.

3. Einberufung der Parteivertretung für 22.7. mit der Tagesordnung: Lohn Preis und Währung.

Antrag Gen. Schärf beantragt, für 22.7. 14 Uhr 3o eine Sitzung der Parteivertretung, unter Zuziehung des Gewerkschaftsvorstandes (Sozialistische Fraktion) sowie des Wirtschaftskomitees und der sozialistischen Vertreter im Generalrat der Nationalbank, sowie der Kreditlenkungskommission, einzuberufen. Ferner soll Gen. Renner eingeladen werden.
Vorgeschlagen wird als Sitzungsort: das niederösterreichische Landhaus.
Tagesordnung: Lohn, Preis, Währung.

Beschluss Einstimmig angenommen. Das Parteisekretariat wird beauftragt, die Einladungen auszusenden.

4. Frage der Rückkehr der Emigranten.

Gen. Deutsch teilt mit, dass das Parteipräsidium bisher die Meinung vertreten habe, dass man die Emigranten nicht einzeln zurückberufen kann und dass man nicht von hier aus für einzelne Genossen Posten reservieren könne. Es soll jedoch jedem Emigranten gegenüber zum Ausdruck gebracht werden, dass wir mit Freuden bereit sind, zu helfen wenn er kommt. Die Partei kann jedoch kein Risiko übernehmen.
Gen. Deutsch bittet den PV auch weiterhin an dieser Richtlinie festzuhalten. Die Frage ist durch den Fall Ackermann neu aufgeworfen worden.

Gen. Hackenberg bezeichnet diese Richlinie als einleuchtend. Selbstverständlich kann die Partei von Haus aus keine Garantien übernehmen. Allerdings führt dies dazu, dass Genossen denen es gelungen ist in der Emigration sich finanziell und auch im Bezug auf Verbindungen ~~xxxx~~ gut zu stellen, den Vorteil haben, dass sie ihre Rückkehr leichter bewerkstelligen können, wogegen die anderen nur schwer zurückkönnen.
Im Fall Ackermann hat die Wiener-Organisation einen Beschluss gefasst. Der Wiener-Vorstand sieht in Gen. Ackermann eine vorzügliche Kraft für die Betriebsarbeit, die uns allen vordringlich wichtig erscheint und die derzeit nur halbamtlich von Gen. Skritek ausgefüllt wird. Die Wiener-Organisation hat den Wunsch, Gen. Ackermann entweder für die zentrale Betriebsarbeit oder aber für die Wiener-Betriebsarbeit einzusetzen.

K v VI

14

MINISTER
ALTMANN

Wien, den 13.Juli 1946.

Vo.

allegro

Herrn
Bundeskanzler Ing.Leopold F i g l,
W i e n, I.,
Ballhausplatz 2.

Sehr verehrter Herr Bundeskanzler !

Schon gestern habe ich mir erlaubt, den Herrn Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten auf eine Frage aufmerksam zu machen, die, wie mir scheint, von grosser Bedeutung ist. Ich gestatte mir nun, wie ich das gestern auch mit Herrn Bundesminister Dr.Gruber besprochen habe, auch Ihre Aufmerksamkeit auf diese Frage zu lenken.

Im Zusammenhang mit dem Schreiben des Herrn Oberkommandierenden der amerikanischen Streitkräfte in Österreich, General Mark W.Clark, ist die Übergabe der sogenannten deutschen Betriebe in die treuhändige Verwaltung der österreichischen Regierung für die nächste Zeit vorgesehen. Nach den Zeitungsmeldungen sollen zuerst drei Großbetriebe in feierlicher Form der österreichischen Regierung übergeben werden. Als diese Großbetriebe wurden in Zeitungsmeldungen genannt: Die Hermann-Göring-Werke, bzw. Vereinigten Stahlwerke in Linz mit den zugehörigen Betrieben, die Steyrer-Daimler-Puch-Werke und die Betriebe des österreichischen Salzmonopols. Nach dem Brief des Herrn Generals Clark handelt es sich nach amerikanischer Auffassung um deutsches Eigentum, das vorläufig in die treuhändige Verwaltung der österreichischen Regierung gegeben werden soll, ohne dass irgendeine Entscheidung über die Eigentumsfrage erfolgte; es wird sogar ausdrücklich erklärt, dass die Eigentumsfrage an diesem sogenannten deutschen Eigentum später gelöst werden soll, offenbar im Zusammenhang mit den Ergebnissen der in dem Schreiben

./.

des Herrn Generals Clark in Aussicht genommenen V
lungen der Vertreter der Vereinigten Staaten von
mit den anderen Alliierten und mit der österreichi
Regierung über die Fragen des deutschen Eigentums.

Es scheint mir nun, gefährlich zu sein, es
unwidersprochen zu lassen, dass beispielsweise das
monopol als deutsches Eigentum bezeichnet wird, da
die treuhändige Verwaltung der österreichischen Re
übergeben wird, während über die Eigentumsfrage da
später entschieden werden soll. Hier handelt es sic
fenbar um altes österreichisches Eigentum, nämlich
österreichisches Staatseigentum, das ohne jedes Ent
einfach durch die Annexion Österreichs formell in d
Eigentum des Deutschen Reiches übergegangen ist, al
buchstäblich geraubt wurde. Wenn solches Vermögen a
deutsches Eigentum gilt, so träfe das natürlich nebe
Salzmonopol auf die anderen Staatsmonopole, nämlich
Beispiel die Betriebe und sonstigen Vermögensschafte
des Tabakmonopols, aber auch auf unmittelbares Staat
gentum, wie zum Beispiel die Österreichischen Staats
senbahnen, schliesslich auch die Post, und überdies a
sonstiges Bundes- oder Landeseigentum, zum Beispiel
Gebäude, die der Republik Österreich gehört hatten un
infolge der Annexion in das Eigentum des Deutschen Re
gekommen waren, zu. Diese Rechtsauffassung also würde
tatsächlich es mindestens zweifelhaft erscheinen lass
ob Staatsgebäude, wie das Parlament oder das Bundeska
amt und viele, viele andere, nicht auf einmal als deu
Eigentum irgendeiner späteren Regelung unterworfen wer
und Österreich rechtlich praktisch entzogen werden sol

Ähnliche Fragen werfen sich übrigens sicher auc
bei anderen Unternehmungen auf. Ich kann augenblicklic
nicht feststellen, wie die Steyrer-Daimler-Puch-Werke
zu deutschem Eigentum geworden sind, wie die Verhältnis
im Jahre 1938 dort lagen und wie eine allfällige Vermög
transaktion erfolgte. Jedenfalls müsste man auch hier u

./.

bei anderen in Betracht kommenden Betrieben, die vor 1938 österreichisch waren und von den Nazi auf irgendeine Weise geraubt wurden, unseren Rechtsstandpunkt, dass es sich um österreichisches Gut handle, vertreten.

Ich bin durchaus nicht der Meinung, dass die österreichische Regierung etwa die Übergabe der in der amerikanischen Zone befindlichen Betriebe und Unternehmungen, die als sogenanntes deutsches Eigentum bezeichnet werden, ablehnen sollte. Politik hat sich mit Realitäten zu befassen und muss demgemäss real sein. Irgendeine Aktion, die unter Berufung auf einen Rechtsstandpunkt reale Möglichkeiten ausser acht lässt, wäre natürlich zweckwidrig und unklug. Aber man müsste, wie ich glaube, doch auch in offizieller Form eine österreichische Verwahrung gegen die vom österreichischen Standpunkt bedenkliche Rechtsauffassung einlegen, die hier von offizieller amerikanischer Seite offenbar geäussert wird. Zu einer solchen Verwahrung, die natürlich durchaus keinen aggressiven Charakter haben sollte, wäre wohl die österreichische Regierung berufen und es wäre meines Erachtens zweckmässig, ja sogar notwendig, vor oder spätestens gleichzeitig mit der Übergabe der ersten in Frage kommenden Gegenstände dieses sogenannten deutschen Eigentums in die treuhändische Verwaltung der österreichischen Regierung bei vorbehaltener Lösung der Eigentumsfrage irgendeinen solchen deutlichen Vorbehalt von österreichischer Regierungsseite offiziell zu veranlassen. Vielleicht könnte man tatsächlich an eine Art Verwahrung denken oder dergleichen. Die zeitliche Bindung an den ersten feierlichen Übergabeakt ergibt sich insbesondere daraus, dass gerade unter den ersten Gütern, die nun in die treuhändische Verwaltung der österreichischen Regierung übergeben werden sollen, sich die Betriebe des österreichischen Salzmonopols befinden.

Selbstverständlich hätte ich diese meine Meinung in einer Ministerratsitzung geäussert und mir erlaubt, dort die Frage zur Diskussion und zur Entscheidung zu stellen. Da jedoch beim vorigen Ministerrat die Voraussetzungen hie-

./.

./.

960

für noch nicht gegeben waren, weil sowohl der Brief
Herrn Generals Clark erst später übermittelt wurde,
auch die Frage des Salzmonopols und der anderen Betr
des sogenannten deutschen Eigentums erst später auft
konnte ich in der vorigen Ministerratsitzung darüber
nicht sprechen. Die nächste Ministerratsitzung aber
erst nach dem Dienstag erfolgen, an dem der erste fe
liche Übergabeakt durchgeführt werden soll. Ich muss
mir daher erlauben, Ihnen, sehr verehrter Herr Bundes
ler, meine Auffassung und meine Anregung schriftlich
übermitteln. Übrigens hat auch die österreichische Pr
sich, soweit ich die Dinge überblicken kann, mit Frage
die hiermit im Zusammenhang stehen, schon beschäftigt.
Ich verweise diesbezüglich auf eine Bemerkung zu einer
Leitnotiz der "Arbeiter-Zeitung", auf einen Artikel de
"Österreichischen Volksstimme" und auf verschiedene an
Presseäusserungen. Darum habe ich es für unbedingt not-
wendig gehalten, Ihre Aufmerksamkeit, sehr verehrter He
Bundeskanzler, auf diese Fragen zu lenken.

Herr Bundesminister Dr.Gruber sagte mir gestern,
dass er sich noch nicht mit diesen Fragen beschäftigt h
Wenn ich nun mit diesem meinem Schreiben sozusagen offe
Türen einrenne und Fragen aufgeworfen habe, mit denen Si
sich ohnedies bereits beschäftigt haben, so bitte ich,
dies zu entschuldigen.

Genehmigen Sie, sehr verehrter Herr Bundeskanzler,
den Ausdruck der vorzüglichsten Hochachtung

Ihres stets ergebensten

Erledigt durch Mitteilung des
Bundeskanzlers in der 33. Sitzung des
Ministerrates am 23.7.46 über
die diesbezügliche Note des Amerik. Hochkom.
Einlagen.

961

15

Altmann, Karl

BUNDESMINISTERIUM
FÜR ENERGIEWIRTSCHAFT UND ELEKTRIFIZIERUNG

DER BUNDESMINISTER

Wien, den 22. Juli 1946.

26 JULI 1946
Erledigt 858

An den

Parteivorstand der
Sozialistischen Partei Österreichs,

W i e n , I.,
Löwelstrasse 18.

Sehr geehrte Damen und Herren !

Mit Schreiben vom 1. Juli 1946 und vom 13. Juli 1946 habe ich mir erlaubt, an den Bundesvorstand der Österreichischen Volkspartei, an den Parteivorstand der Sozialistischen Partei Österreichs und an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Österreichs in der Frage der Verstaatlichung der Energiewirtschaft heranzutreten.

Nunmehr erhalte ich vom Nationalratsklub der Österreichischen Volkspartei ein Schreiben vom 17.ds.M., dessen Wortlaut ich mir zur Information nachstehend mitzuteilen erlaube:

" Sehr verehrter Herr Minister!
Ich habe die Ehre, Ihnen im Nachfolgenden die Stellungnahme der ÖVP zu Ihren beiden Briefen vom 1. und 13. Juli 1946 zu übermitteln.

Die ÖVP ist bereit, umgehend Verhandlungen über die Verstaatlichung der Energiewirtschaft aufzunehmen und designiert als Unterhändler für diese Verhandlungen die Herren Min.Ing. RAAB, Nationalrat Dr. MARGARETHA, Bundesrat [illegible] sowie Landeshauptmannstellvertreter Landesrat Prof.Hans GAMPER. Mit Rücksicht auf die grosse Anzahl der bereits in Verhandlung stehenden wichtigen Regierungsvorlagen und Anträge dürfte es allerdings nicht mehr möglich sein, das Verstaatlichungsgesetz, betreffend Energiewirtschaft, noch in dieser Sitzungsperiode zu beschliessen, umsomehr als ein derartiges Gesetz eingehende Beratungen mit daran hauptsächlich interessierten Vertretern der Bundesländer zur Voraussetzung hat.

962

Es müsste jedoch möglich sein, entsprechende Parteienvereinbarungen während der Parlamentsferien auszuarbeiten und das Gesetz über die Verstaatlichung der Energiewirtschaft als eine der ersten Regierungsvorlagen nach Wiederaufnahme der parlamentarischen Tätigkeit im September einzureichen.

Mit dem Ausdrucke vorzüglichster Hochachtung!

Julius Raab m.p. "

Überdies hat mir das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Österreichs mitgeteilt, daß es jederzeit zu Parteienverhandlungen über die Frage der Verstaatlichung der Energiewirtschaft bereit sei und daß es mit meinen Anregungen, die sich aus meinem Schreiben vom 13.ds.M. ergeben, durchaus einverstanden sei.

Von der Sozialistischen Partei Österreichs habe ich bisnun keine Äusserung in dieser Angelegenheit erhalten.

Entsprechend dem Schreiben des Nationalratsklubs der Österreichischen Volkspartei vom 17.ds.M. werde ich mir erlauben, anlässlich der letzten Sitzungen des Nationalrates in dieser Parlamentssession an die Herren der drei demokratischen Parteien wegen Festlegung eines Termines für die Parteienverhandlungen heranzutreten. Ich habe mir jedoch auch gestattet, den Bundesvorstand der Österreichischen Volkspartei auf die schon erwähnten Anregungen in meinem Schreiben vom 13.ds.M. neuerlich aufmerksam zu machen, auf die der Nationalratsklub der Österreichischen Volkspartei in seinem Schreiben vom 17.ds.M. nicht eingegangen ist. Meine Überlegung ist die: Alle drei Parteien haben sich grundsätzlich für die Verstaatlichung der Energiewirtschaft ausgesprochen, sind also grundsätzlich in dieser Frage durchaus einig. Gegensätze bestehen nur in der Frage der Organisation der verstaatlichten Energiewirtschaft. Diese Organisationsfrage ist gewiss nicht einfach zu lösen. Es könnte aber dadurch, daß man in die Liste der zu verstaatlichenden Unternehmungen und Betriebe, die dem allgemeinen Verstaatlichungsgesetz beigefügt werden soll, welches Verstaatlichungsgesetz ja noch in dieser Parlamentssession erledigt werden dürfte, vorerst die Alpen-Elektrowerke A.G. und die Elektrowerke A.G., Berlin, aufnimmt, ein wesentlicher Schritt auf dem Wege zur Verstaatlichung der Energiewirtschaft getan werden. Es handelt sich hier um Unternehmungen, die zur Gänze

in deutscher Hand sind und die darum dringend im gesamtösterreichischen Interesse in österreichische Unternehmungen verwandelt werden sollen. Man könnte dann während der Parlamentsferien alle Organisationsfragen klären und zu Beginn der neuen Parlamentssession in einem Gesetz die endgültige Organisation der verstaatlichten Energiewirtschaft und alle anderen mit der Verstaatlichung der Energiewirtschaft zusammenhängenden Fragen durch ein Gesetz regeln. Ich persönlich hielte es überdies für zweckmässig, neben den zwei angeführten deutschen Grossunternehmungen der Energiewirtschaft auch noch die nicht in der Hand von Gebietskörperschaften oder sonstigen österreichischen öffentlich-rechtlichen Körperschaften befindlichen Anteile an grossen Elektrizitätsversorgungsunternehmungen Österreichs im Wege des allgemeinen Verstaatlichungsgesetzes in die Hand der Republik Österreichs zu überführen und damit alles Wesentliche an Vorarbeit für die Verstaatlichung auch zu sichern. Demnach erlaube ich mir, zu bitten, auch diese Anregungen in den Kreis der Erwägungen zu ziehen, und hoffe, dass anlässlich der Verhandlung des Verstaatlichungsgesetzes im Einvernehmen der Parteien sich der vorgeschlagene Weg als gangbar erweisen wird.

Im übrigen nehme ich an, daß der Parteivorstand der Sozialistischen Partei Österreichs auch damit einverstanden ist, daß während der Parlamentsferien über die Verstaatlichung der Energiewirtschaft, d.h. im wesentlichen über die Fragen der Organisation der verstaatlichten Energiewirtschaft, im Wege von Parteienverhandlungen die notwendige Übereinstimmung hergestellt wird, damit auch diese Frage bald im Wege eines Gesetzes zum Abschluss gebracht werden kann.

Mit dem Ausdruck vorzüglichster

Hochachtung

Bundesminister für Energiewirtschaft
und Elektrifizierung.

964

P r o t o k o l l

über die Sitzung des Parteivorstandes am 29. Juli 1946.

Anwesend: Vorsitz: Gen. Schärf

Parteivorstand:
" Afritsch
" Böhm
" Jochmann
" Körner
" Krones
" Proksch
" Strasser
" Moik

Kontrolle:
" Honay
" Jonas
" Widmayer
" Rauscher

zugezogen:
" Frenzel
" Jenschik
" Cischek
" Probst

entschuldigt: Gen. Helmer, Speiser, Seitz, Scharf, Popp, Hackenberg, Proft, Kostroun.

T a g e s o r d n u n g :

1. Sekretariatsberichte
   a. Personalangelegenheiten
   b. Bericht über die Sekretärekonferenz
   c. Bildung einer Auslandsgruppe "Österreichische Sozialisten in Italien."
   d. Ehrengericht gegen Gen. Barak.
2. Abschlussbericht über die parlamentarische Frühjahrssession.
3. Bericht über die Verstaatlichung
4. Nominierung von Unterhändlern zu Parteienbesprechungen über die Verstaatlichung der Elektro-Energiewirtschaft.
5. Allfälliges.
6. Statuten der S.J./ Finanzgebarung
7. Französisches Guthaben.

965

./.

Antrag — Gen. Probst legt ein Schreiben des Gen. aus Rom vor und beantragt im Einvernehmen mit dem Parteipräsidium die Ermächtigung zur Bildung einer Auslandsgruppe, Österreichischer Sozialisten in Italien zu geben.

Beschluss — Nach kurzer Diskussion wird dem Antrag zugestimmt.

d. Ehrengericht gegen Gen. Barak.

Antrag — Gen. Probst beantragt die Einsetzung eines Ehrengerichtes.

Beschluss — Angenommen.

Antrag — Personelle Vorschläge: Gen. Probst, Kratky und Jonas.

Beschluss — Angenommen.

2. Abschlussbericht über die parlamentarische Frühjahrssession.

Antrag — Es wird vorgeschlagen, einen Bericht der Fraktion über die parlamentarische Frühjahrssession herauszubringen und mit der Ausarbeitung Gen. Pittermann als Klubsekretär zu betrauen.

Beschluss — Angenommen.

Es müsste für raschesten Druck gesorgt werden.

Gen. Jenschik erklärt, dass der Vorwärts sich dieser Sache annehmen wird.

Antrag — Es wird weiters vorgeschlagen, die Rede Schneebergers für die Landarbeiter zu drucken und da die Gewerkschaft an die Vereinbarungen gebunden ist, durch die Partei zu vertreiben. Ferner soll Schneeberger eine Radiorede über das Sozialrecht der Landarbeiter, resp. den Landarbeiterurlaub halten.

Beschluss — Der PV stimmt zu.

Es wird noch die Auflagenfrage erörtert. Die Auflagenhöhe soll gemeinsam mit Schneeberger festgelegt werden.

3. Bericht über die Verstaatlichung.

Gen. Schärf stellt fest, dass das Verstaatlichungsgesetz beschlossen wurde, dass aber die Parteienvereinbarungen über die Umgestaltung der Rechtsformen der verstaatlichten Betriebe und über Besetzung der Aufsichtsratsstellen nicht zustande gekommen sei. Es wurde Gen. Schärf mitgeteilt, dass die Unterlagen die Rauscher ihm in der letzten Sitzung mitgegeben hat, von niemanden gebilligt seien. Wir haben also Parteienvereinbarungen nur in unwesentlichen Dingen und nicht in diesen wichtigen Fragen erzielt.

966

Gen. Schärf stellt fest, dass offenbar Ungeschicklichkeiten bei den Verhandlungen passiert seien, dass es sich vor allem als unzweckmässig erwiesen hat, dass man unter vier Augen verhandelt hat. Man muss im Herbst sehen, wie man weiter kommt.

Gen. Rauscher stellt fest, dass Krauland sich äusserst starr und wenig entgegenkommend gezeigt hat.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

4. Nominierung von Unterhändlern zu Parteienbesprechungen über die Verstaatlichung der Elektro-Energiewirtschaft.

Antrag Gen. Rauscher beantragt, Genossen als Unterhändler zu nominieren.

Beschluss Prinzipiell angenommen.

Antrag Personelle Vorschläge: Resch, Popp Ersatz Stika, Proksch mit welchem sich Hackenberg ablösen wird, und Hackenberg, Rauscher.

Beschluss Angenommen.

5. Allfälliges.

Gen. Widmayer fragt an, welcher Anlass massgebend war, dass in der Arbeiter-Zeitung ein Aufruf des Parteivorstandes an die Bruderparteien in den Ländern veröffentlicht wurde, den der PV nicht vorgelegt erhielt.

Gen. Schärf erklärt, dass dieser Aufruf in Rahmen der Anträge Deutsch bei der Parteivertretung gelegen sei.

Gen. Böhm Im Gewerkschaftsbund ist die Mitteilung eingelangt, dass Bögel vor ein Militärgericht gestellt werden soll.

Gen. Schärf stellt fest, dass Figl in der Sache alles unternehme was möglich sei. Die Intervention sein eine Angelegenheit der Regierung, als Partei könne man nicht intervenieren.

Gen. Böhm bittet den Gen. Schärf, ihn auf den laufenden zu halten.

Beschluss Gen. Jenny Lee Es wird beschlossen, ihr einen Wagen des Partei-Sekretariats zur Verfügung zu stellen.

Gen. Schärf verweist auf den Beschluss der Parteivertretung, den PV zu ermächtigen, den genauen Termin für die Abhaltung des Parteitages festzusetzen. Der ideale Termin wäre 1. September. Es ist verschiedentlich eingeworfen worden, dass man die Wiener-Aktion damit stören werden er glaubt jedoch, dass das damit überhaupt nichts zu tun hätte.

Antrag Der PV soll den Vorsitzenden und den Sekretären, die in Wien bleiben, die Ermächtigung geben, das genaue Datum festzusetzen. 987

Gen. Krones weist darauf hin, dass im Deutsch-Aktionsplan, für die Werbung im ganzen Bundesgebiet als Ziel festgelegt wurde, die

./.

17

BUNDESMINISTERIUM
FÜR ENERGIEWIRTSCHAFT UND ELEKTRIFIZIERUNG
DER BUNDESMINISTER

Wien, am 2. August 1946.

He.

Zl.: 863-Präs./46

An den

Parteivorstand
der Sozialistischen Partei Österreichs

W i e n , I.,
Löwelstrasse 18.

Sehr geehrte Damen und Herren !

In der Angelegenheit Verstaatlichung der Energiewirtschaft, Parteienverhandlungen, darf ich auf die Zuschrift des Parteivorstandes der Sozialistischen Partei Österreichs vom 30. Juli 1946, Pro/L, und auf die diesem Schreiben vorhergegangene Korrespondenz Bezug nehmen. Die Österreichische Volkspartei hat bereits vorher, wie ich in meinem Schreiben vom 22.Juli 1946 mir mitzuteilen erlaubt habe, ihre Bereitschaft zu Parteienverhandlungen über den Gegenstand ausgesprochen und ihre Unterhändler nominiert. Die Kommunistische Partei Österreichs hat nun neuerlich erklärt, dass sie jederzeit zu Parteienverhandlungen über die Verstaatlichung der Energiewirtschaft bereit sei und ihre Vertreter bei diesen Verhandlungen je nach dem Zeitpunkt des ersten Zusammentretens benennen und entsenden werde, weshalb sie die Einladung zur ersten Sitzung zu Handen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Österreichs erbitte.

Es liegt somit volle Übereinstimmung der drei demokratischen Parteien über die Durchführung von Parteienverhandlungen, betreffend Verstaatlichung der Energiewirtschaft, während der Parlamentsferien vor. Ich bin mir natürlich klar darüber, dass die Urlaubszeit sich hemmend auf den Gang der Verhandlungen auswirken dürfte. Trotzdem halte ich es für zweckmässig und notwendig, dass schon in der nächsten Woche

die Vertreter der Parteien zusammentreten, um die Standpunkte gegenseitig abzuklären und, wenn dies nötig sein sollte, Zeit zu Besprechungen im Rahmen ihrer Parteien zu gewinnen. Sollten sich Gegensätze oder Schwierigkeiten ergeben, so würde ich die Fortsetzung und Beendigung der Parteienverhandlungen in den ersten Septembertagen vorschlagen, also nach Abschluss der üblichen Urlaubszeit, aber noch rechtzeitig vor Beginn der nächsten Parlamentssession.

Demgemäss erlaube ich mir, als Termin für das erste Zusammentreten der Parteienvertreter Donnerstag, den 8.August 1946, 9 Uhr vormittags und als Ort dieses Zusammentretens den Sitzungssaal des Bundesministeriums für Energiewirtschaft und Elektrifizierung, Wien, I., Schwarzenbergplatz 1, I.Stock, vorzuschlagen. Ich werde mir erlauben, die bereits nominierten Vertreter der demokratischen Parteien besonders einzuladen. Sollten einzelne der Herren Parteienvertreter aus dienstlichen Gründen oder wegen ihres Erholungsurlaubes an der ersten Sitzung nicht teilnehmen können, so würde ich das nicht als Hindernis für das Zusammentreten der ersten Sitzung betrachten. Wenn sich das als notwendig erweisen sollte, kann die Fortsetzung der Verhandlungen, wie ich bereits erwähnt habe, dann anfangs September vorgesehen und die Zwischenzeit für Besprechungen im Rahmen der Parteien verwendet werden. Sollten sich aber, wie ich hoffe, nennenswerte Schwierigkeiten oder Gegensätze nicht ergeben, so könnten allenfalls schon jetzt die wesentlichen Fragen wenigstens grundsätzlich besprochen und geklärt werden, während bis anfangs September eine neue Formulierung erfolgen könnte, die sodann in der nächsten Sitzung der Parteienvertreter vorzulegen wäre. Ich bitte darum, dieses Schreiben auch als Einladung zu der ersten Sitzung der Parteienvertreter in der Angelegenheit der Verstaatlichung der Energiewirtschaft auffassen zu wollen.

Demnach hoffe ich, die Vertreter der drei demokratischen Parteien, insbesondere auch die Herren Vertreter der Sozialistischen Partei Österreichs, am Donnerstag, den 8.August 1946 um 9 Uhr vormittags im Bundesministerium für Energiewirtschaft und Elektrifizierung begrüssen zu dürfen.

969

Mit dem Ausdruck vorzüglichster Hochachtung

Bundesminister
für

18

Wien, am 6. September 1946

Sch/P

Lieber Freund!

Gestern habe ich während der Parteivorstandsitzung das Merkblatt der Serie I, Nr. 8 über die Verstaatlichung und Sozialisierung erhalten.

Sein Inhalt ist an einer Stelle ausserordentlich bedenklich. Auf Seite 10 ist ausgeführt, dass die Verstaatlichung der Beschlagnahme durch die Besatzungsmächte zuvorkommen sollte. Gerade das ist es, womit uns die Kommunisten im Ausland verleumden und was die Russen von uns behaupten, und gerade das ist unwahr. Niemand hat beim Verstaatlichungsgesetz daran gedacht, dass man damit einer Grossmacht zuvorkommen wolle.

Es hätte mir besser gefallen, der Verfasser hätte darüber geschrieben, dass die Kommunisten ein Jahr hindurch verlangt haben, man solle bei der Sozialisierung mit dem deutschen Eigentum beginnen!!!

Nun stehen wir davor, dass wir uns in der ganzen Welt gegen die Verleumdung wehren müssen, dass das Verstaatlichungsgesetz schon mit der Absicht gegen die Russen beschlossen worden ist und da kommt eine solche Rededisposition und bestätigt etwas, was nicht wahr ist.

Nach dem Organisationsstatut bin ich mit der Leitung der gesamten Geschäfte des Parteivorstandes und des Sekretariats betraut; ich verlange, dass bis zur Vorentscheidung des Parteivorstandes jede Ausgabe oder Verbreitung dieses Merkblattes unterbleibt; man wird eine geschickte Formulierung wählen müssen.

Mit bestem Gruss

Dein

970

Herrn Abgeordneten Erwin Scharf

Abschrift ergeht an:

Abgeordneten Otto P r o b s t ,

Dr. Julius D e u t s c h ,

Staatssekretär Franz R a u s c h e r ,

Abgeordneten Dr, Bruno P i t t e r m a n n ,

zur Kenntnisnahme!

P r o t o k o l l

über die Sitzung des Parteivorstandes am 6.9.1946.

Anwesend: Vorsitzender Gen. Schärf

vom Parteivorstand:
" Afritsch
" Böhm
" Hackenberg
" Krones
" Maisel
" Popp
" Proft
" Scharf
" Speiser
" Körner

Kontrolle:
" Jonas
" Mantler
" Mentasti
" Pfaller

zugezogen:
" Übeleis
" Migsch
" Deutsch
" Probst
" Waldbrunner

T a g e s o r d n u n g:

1. Verstaatlichung
   a.) Verstaatlichungsgesetz
   b.) Parteienvereinbarungen zur Verstaatlichung
   c.) Verstaatlichung und Schulungsarbeit

2. Allfälliges

./.

1. Verstaatlichung

Gen. Schärf berichtet über den derzeitigen Stand des Verstaatlichungsgesetzes. Am 4.9. haben die Russen ihren Standpunkt der Regierung laut Bericht des PV vom 5.9. bekannt gegeben. Am 5.9. hat sich das englische Element an den Bundeskanzler gewandt mit der Mitteilung, dass man von der Regierung erwartet, dass Vorkehrungen für eine volle und angemessene Kompensation in Bezug auf die Interessen der Vereinten Nationen getroffen werden. Es wurde verlangt, dass die österreichische Regierung, soferne nicht ein Veto durch die Alliierte-Kommission eingelegt wird, eine Erklärung abgeben möge, dass sie nicht die Absicht hat, das Verstaatlichungsgesetz auf jene Objekte anzuwenden, die die Interessen der Vereinten Nationen berühren, solang nicht ein weiteres Gesetz über die Kompensationsbedingungen angenommen und dem Alliierten-Rat vorgelegt wurde.
Aus den Verhandlungen ist zu ersehen, dass damit nicht deutsches Eigentum gemeint ist, sondern lediglich Alliierter Besitz bis 1938. Es handelt sich faktisch um englische Erdöl-Interessen in Zistersdorf, französisches und tschechisches Interesse an der Länderbank, englisches und holländisches Interesse an der Elin und noch nicht genau festgestelltes Interesse an der Lokomotivfabrik.(Rothschild, Gutmann ?) Des weiteren ist auch das Amerikanische-Element an die Regierung herangetreten mit der Mitteilung, dass die amerikanische Regierung jeder Bevorzugung einer Macht entgegentreten müsse. Zunächst haben die Amerikaner gleiche Anwendung in ganz Österreich wie in der russischen Zone gewünscht, das hiesse praktisch, dass deutsches Eigentum in allen Zonen ausfallen würde. Bei den Verhandlungen haben unabhängig voneinander Schärf und Figl festgestellt, dass ein Bestehen auf diesem amerikanischen Standpunkt bedeuten würde, dass wir und auch die VP sich an der Regierung nicht mehr beteiligen.
In den Verhandlungen ist sodann festgestellt worden, dass dies nur eine prinzipielle Erklärung sei, dass sich die Amerikaner praktisch mit einer Sicherung ihrer Interessen an Vakuumöl, Rohöl und österreichischem Mineralöl begnügen würden. Als Ausweg kann betrachtet werden, dass die österreichische Regierung in einem Schreiben erklärt, dass sie bereit ist, das Eigentum an diesen Objekten nicht geltend zu machen, bis das Gesetz über die Entschädigung geschaffen ist.

Gen. Deutsch macht auf eine kleine Unstimmigkeit in der Übersetzung aufmerksam. Weist darauf hin, dass der englisch-amerikanische Einspruch im wesentlichen nichts anderes sei, als sich in der Frage Zistersdorf einzuschalten. Man will verhüten, dass bei den unausbleiblichen Verhandlungen die österreichische Regierung allein der russischen Regierung gegenübersteht, was keine Gewähr für die Wahrung der übrigen Alliierten Interessen bedeuten würde. Ist der Meinung, dass man nur zustimmen kann; damit wird das Eigentumsverhältnis an diesen Objekten in Schwebe gehalten. Zu dem Kompensationsgesetz wird es solange nicht kommen, als eine

Einigung ausbleibt. Es wird noch die Frage aufgeworfen, wie man diese Frage in der Öffentlichkeit behandelt.

Gen. Schärf stellt fest, dass heute noch keine Aussendung gemacht wird. Er ist in dieser Frage für offene Diskussion.

Gen. Deutsch weist darauf hin, dass der Einspruch der Engländer und Amerikaner zweifellos Depression in der Öffentlichkeit erzeugen wird. Wir können

a.) entweder klagen wie wir von allen Seiten behandelt werden, oder
b.) aufzeigen, dass der Standpunkt der Anderen durch die Haltung der Russen hervorgerufen wurde.

Gen. Schärf - Es ist schliesslich nur eine Verschiebung der Aufnahme für die Entschädigung zu einem späteren Zeitpunkt erfolgt.

Gen. Migsch - Rein politisch ist dieser Schritt ein Vorteil für uns, da wir in den Verhandlungen nicht den Russen allein gegenüberstehen. Die Gefahr ist lediglich, dass die Entschädigungssummen wesentlich höher ausfallen, als wenn wir freie Hand hätten. Zur Propaganda ist Gen. Migsch der Ansicht, dass man jedes entmutigende Element vermeiden muss. Man kann dazu sagen, dass alle ihre Interessen wahren und darstellen, dass die Haltung der Russen die Haltung der Anderen herbeigeführt hat. Unsere Agitation müssen wir in dieser Frage im stärksten Umfang gegen die KP richten. Würde am liebsten aufzeigen, dass der Einspruch der Russen nichts anderes war als eine Intervention der Russen zugunsten des Welt-Kapitals. Aber das können wir nicht.

Gen. Deutsch ist der Meinung, dass man diese Frage nicht ins Gezänk der Parteien ziehen soll. Wenn die KP nicht angreift, sollen auch wir Angriffe vermeiden.

Gen. Stika ist der Meinung, dass dies optisch äusserlich ungünstig wirkt, damit hat unsere Verstaatlichungspolitik Schiffbruch erlitten. Wir können darstellen was wir wollen, wir können um den Eindruck nicht herum, dass auch die englische Arbeiterregierung Einspruch erhoben hat. Damit hat unsere Verstaatlichung ein Begräbnis erster Klasse erhalten.

Gen. Waldbrunner wirft die Frage auf, was von der Verstaatlichung praktisch überbleibt. Verweist auf die Gefahr der 5,000.000 Dollar-Anleihe die bei der Alpine stehen. Ist der Meinung, dass man aus dieser Tatsache ~~wieder~~ keine Kampagne gegen Russland aufziehen kann. Im Gegenteil man muss klar und deutlich sagen, das war unser Programm. Durch den Einspruch der Russen ist es vermindert worden. Nun wird durch den Einspruch der Anderen ein weiterer Teil auf unbestimmte Zeit zurückgestellt. Wir werden unsere Einsprüche geltend machen. Ist der Meinung, dass man auf keinen Fall eine Kampagne gegen die KP aufziehen soll. Es wäre jedoch sinnlos aus einem Einspruch der Amerikaner und Engländer einen antirussischen Kampf zu machen , dies würde unser Verhältnis noch weiter trüben und uns den Weg völlig verlegen.

Gen. Scharf fragt an ob die restlichen Betriebe nunmehr tatsächlich übernommen werden können.
Dies wird bejaht.

./. 974

Gen. Proft - Es ist klar, dass nur der Einspruch der Russen die anderen Elemente herausgefordert hat. Gegen die Russen können und sollen wir uns in dieser Sache nicht wenden. Ebensowenig aber sollen wir uns aber gegen die englische Arbeiterschaft wenden.

Gen. Krones Es ist wiederholt berichtet worden, dass die VP dem Verstaatlichungsgesetz nur mit der Klausel zugestimmt hat, dass zu einem gewissen Zeitpunkt ein Entschädigungsgesetz in Kraft tritt. Wenn dieses Entschädigungsgesetz nun mit Rücksicht auf die Alliierten Einsprüche nicht in Kraft gesetzt werden kann, was geschieht dann mit der Verstaatlichung überhaupt?

Gen. Schärf- Die Mitteilungen, dass das In-Kraft-treten des Gesetzes an den Beschlüssen eines Entschädigungsgesetzes gebunden sind, waren falsch.

b.) Parteienvereinbarungen zur Verstaatlichung

Gen. Schärf - Wie schon früher berichtet, haben wir eine Parteienvereinbarung über die Bestellung von Organen und Aufsichtsräten angestrebt. Diese Vereinbarung ist nicht zustande gekommen. Gen. Rauscher hat einen Text zur Unterschrift vorgelegt. Die ÖVP hat als Gen. Schärf zur Unterschriftsleistung kam, erklärt, dass darüber niemals abgeschlossen worden ist. Bei den Verhandlungen hat Gen. Schärf im Hinblick auf die Alliierten nunmehr durchgesetzt, dass die ÖVP grundsätzlich die Zustimmung erteilte, dass die Bestellung von Organen einvernehmlich zwischen den beiden Parteien (VP,SP) erfolgen soll.

c.) Verstaatlichung—Schulungsarbeit

Gen. Schärf hat in den von Gen. Czernetz verfassten Schulungsblatt "Verstaatlichung und Sozialisierung" unter dem Stichwort die Potsdamer-Deklaration und die Verstaatlichung Ausführungen gefunden, die die Partei seiner Ansicht nach diskriminieren. Er hat sofort reklamiert und von Gen. Schärf die Auskunft erhalten, dass dieses Schulungsblatt schon zwei Monate verteilt sei. Diese Ausführungen widersprechen allem, was die Arbeiter-Zeitung je geschrieben hat und er findet es empörend, dass so etwas aus dem Hause herausgehen kann. Nach dem Organisationsstatut hat der Vorsitzende der Partei die Geschäfte der Partei zu leiten und ist auch für solche Dinge verantwortlich. Er empfindet es als eine schwere Beeinträchtigung seiner Möglichkeiten zur Erfüllung seiner Pflichten, wenn er von solchen Dingen zu spät Kenntnis erhält. Man muss dieses Flugblatt einziehen, oder durch ein zweites ungültig machen.

Gen. Scharf stellt fest, dass er weiss wie gewissenhaft Gen. Schärf gerade Dinge für die er verantwortlich ist oder sein könnte überwacht und dass er sich deshalb solchen Fragen auch mit besonderer Sorgfalt widmet. Alle Merkblätter des Schulungsreferates werden von Fachleuten durchgelesen und das genannte Merkblatt ist von Firlander und soviel ihm erinnerlich ist auch von Pittermann durchgesehen und in Ordnung befunden worden. ./.

975

Ausserdem ist in der Arbeiter-Zeitung vom 10.5. ein Artikel unter dem Titel - Heraus mit der Verstaatlichung - erschienen, der genau die gleiche Stellung vertritt, ohne dass bis heute Einspruch erhoben wurde. Die Arbeiter-Zeitung hat eine Verbreitung von 250.000 Exemplaren, das Merkblatt geht ausschliesslich an Vertrauensleute der Partei und hat eine Verbreitung von 2000 Exemplaren. Er kann deshalb nicht sagen welche grossen Gefahren aus dem Merkblatt erwachsen.

Gen. Migsch verweist darauf, dass die parlamentarischen Verhandlungen über das Verstaatlichungsgesetz von ihm geführt worden sind und man hätte sich deshalb an ihn wenden müssen und nicht an andere Fachleute.

Gen. Krones betont, dass im Rahmen des Aufbau-Programms und der Verstaatlichungs-Versammlungen, die in grosser Zahl abgehalten wurden, die gleiche Meinung wie in dem Artikel der Arbeiter-Zeitung und dem Merkblatt von vielen offiziellen Rednern der Partei in einer noch viel schärferen Diktion vertreten worden.

Gen. Schärf betont, dass es sein Recht ist, die Geschäfte des Sekretariats zu leiten und dass er dieses Recht in Anspruch nimmt. Wenn etwas wesentliches erscheint, wünscht er Vorlage vor der Publikation.

2. Allfälliges

Gen. Mentasti verweist auf die grosse Ausstellung des ~~Arbeits~~-bauernbundes anlässlich der Wiener-Messe. Der Bauernbund wird eine Riesenschau, Bauern-Kriegsfragen veranstalten, die angeblich 100.000 S kostet. Der Arbeits-Bauernbund beabsichtigt 4 Kojen zu mieten.

Zur Kenntnis genommen.

12.9.1946
Kr./D.

0 KvVI

BMfY.-W.

Wien, Österreich
6. September 1946

[S].Exzellenz
[Le]opold F i g l, Bundeskanzler,
[Ba]llhausplatz 2,
[WI]EN, I.

Sehr geehrter Herr Kanzler!

Ich bin verpflichtet, mich, betreffend des Verstaatlichungs-[g]esetzes, mit Folgendem an Sie zu wenden:

Wie Sie wissen, nimmt meine Regierung darauf Rücksicht, [d]ass ein Staat frei sein soll, um seine eigenen Entscheidungen, betreffend Verstaatlichung, einschliesslich der Verstaatlichung von fremdem Eigentum, innerhalb seines Territoriums zu treffen, vorausgesetzt, dass eine Kompensation gezahlt wurde und ich vertrat diesen Standpunkt auch im Alliierten Rat, welcher das Verstaatlichungsgesetz [b]illigen sollte. Zur gleichen Zeit ist meine Regierung einer Bevorzugung entgegengetreten und wird einen Vertrag als meistbegünstigte [N]ation beanspruchen in jenen Massnahmen, welche das betreffen, worüber der österreichische Aussenminister durch den amerikanischen politischen Vertreter am 13. August 1946 informiert wurde. Ich glaube, dass die Anwendung des österreichischen Gesetzes in ganz Österreich gleich[a]rtig sein sollte.

Der sowjetische Oberkommandierende hat angekündigt, dass er beabsichtige, das Gesetz in seiner Zone als rechtsungültig zu betrachten und dass er unabhängig davon handeln wird, um die sowjetischen Interessen in dieser Zone zu schützen.

In Anbetracht dieser sowjetischen Ankündigung rate ich, die österreichische Regierung möge überlegen, welche Handlung sie setzen kann, um eine Bevorzugung und nicht gleichmässige Anwendung des Verstaatlichungsgesetzes zu vermeiden. Auf jeden Fall muss ich bitten, Sie mögen sich versichern, dass Unternehmungen, welche ganz oder teilweise amerikanisches Eigentum sind (z.B. die Vacuum Oil Company, die Rohölgewinnungs-A.G.(RAG) und die österreichischen Mineralölwerke) nicht verstaatlicht werden, bis es möglich ist, das österreichische Verstaatlichungsprogramm auf einer Basis der Gleichheit und Gleichmässigkeit für ganz Österreich anzuwenden. Das Vorgesagte beabsichtigt

Wien, Österreich
6. September 1946

nicht, dem Grundsatz der Verstaatlichung als solchen
gegenzustellen, sondern blosseine Bevorzugung zu
und eine gleichmässige Anwendung des österreichischen
auf der Basis der Gleichheit zu sichern. Meine Bitte
einzig wegen der Weigerung des sowjetischen Hochkommis
seine Zustimmung zu einer gleichmässigen Anwendung des
lichungsgesetzes innerhalb ganz Österreichs zu geben,

Ihr sehr ergebener

Mark CLARK.